

dens in ihrer praktischen Politik einen zentralen Platz eingeräumt. So werden die Friedensinitiativen der Sowjetunion und der Staaten des Warschauer Vertrages begrüßt und voll unterstützt. Zugleich wird „eine gründliche Überprüfung der Abhängigkeit der Streitkräfte der Philippinen vom Pentagon, das sie zum Vollstrecker der USA-Strategie machte“, gefordert. Es wird vorgeschlagen, ein regionales asiatisches Sicherheitssystem zu schaffen, „das auf der Grundlage von Gleichheit und gegenseitiger Achtung die Interessen aller beteiligten Seiten berücksichtigt“. Als ein erster, aber äußerst wichtiger Schritt in diese Richtung wird die Auflösung der Militärstützpunkte der USA genannt. Die Philippinische Kommunistische Partei plädiert für die Kündigung der entsprechenden Verträge und fordert, spätestens bei

Für sozialen Fortschritt durch eine nationale Politik

Ansehen und Achtung der PhKP im philippinischen Volk beruhen zu einem nicht geringen Teil auf der Anerkennung des Einsatzes, mit dem die Partei zu jeder Zeit für die Interessen der Werktätigen, für sozialen Fortschritt eintrat und der in den Beschlüssen des IX. Parteitages erneut einen Schwerpunkt darstellt. Auf diesem Gebiet sind besonders schwierige Aufgaben zu lösen, denn die Lebenslage der Bevölkerung hat sich in den letzten Jahren extrem verschlechtert. Diese Tendenz konnte auch durch das unter der Regierung von Präsidentin Aquino erreichte bescheidene Wirtschaftswachstum nicht aufgehalten werden. Kreditaufnahmen der letzten Jahre haben die Verschuldung der Philippinen bis Mitte 1987 auf 28,6 Milliarden US-Dollar anwachsen lassen. Weiter vertieft hat sich die Kluft zwischen arm und reich. Ein Zehntel der Bevölkerung verfügt heute über 90 Prozent des Grund und Bodens, während 70 Prozent der Bauern

deren Auslaufen im Jahre 1991 von einer Verlängerung Abstand zu nehmen. In Übereinstimmung mit dieser Auffassung ist die PhKP ein aktiver und mobilisierender Träger der Anti-US-Basen-Bewegung des Landes, die viele Bürger vereint.

Außenpolitische Aktivitäten der Regierung Aquino, die - wie die Entwicklung der Beziehungen zu anderen kapitalistischen Industrieländern oder zu den Mitgliedsstaaten der ASEAN - nach Ansicht der PhKP geeignet sein könnten, die Abhängigkeit von den USA zu verringern, werden begrüßt und durch eigene Forderungen ergänzt. So wird unter anderem vorgeschlagen, alle Hindernisse auszuräumen, die einer Mitgliedschaft der Philippinen in der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten entgegenstehen, und die Aufnahme in dieses Forum zu beantragen.

kein eigenes Land besitzen. Infolge dieser Lage leben vier Fünftel der Philippinos unter der Armutsgrenze. Die vom Internationalen Währungsfonds entwickelten Sanierungsprogramme mit ihren Forderungen nach Zurückdrängung des öffentlichen Sektors und Privatisierung, nach Liberalisierung des Handels und Öffnung des Landes für privates Auslandskapital sowie nach Sparmaßnahmen im sozialen Bereich können nach Auffassung der PhKP nur zu einer weiteren Belastung breiter Kreise der Bevölkerung werden.

Dringend notwendiger sozialer Fortschritt, wie ihn die PhKP mit der Förderung eines staatlichen Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitswesens, mit besseren Verdienstmöglichkeiten und Maßnahmen gegen die weitverbreitete Arbeitslosigkeit fordert, ist an die Steigerung der Leistungskraft der nationalen Wirtschaft gebunden. Dazu werden weitreichende Vorschläge unterbreitet, deren Wesen in einer

Wirtschaftspolitik besteht, die nationalen Unternehmern und dem staatlichen Sektor besondere Förderung garantiert und sie aus der Abhängigkeit von ausländischem Kapital befreit. Damit wird der Erkenntnis Rechnung getragen, daß die einheimischen Unternehmen ein prinzipielles Interesse an der Ausweitung ihrer Produktion haben und einen wesentlichen Beitrag zur Bereitstellung dringend benötigter Güter sowie zum Abbau der Arbeitslosigkeit leisten können. Die nur begrenzt zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel sollen dabei auf jene Bereiche konzentriert werden, die - wie das Nachrichten- und Transportwesen oder die Produktion von Waffen, Munition und militärischen Ausrüstungen - Schlüsselpositionen für die nationale Sicherheit darstellen.

Einen wichtigen Platz in diesem Programm nimmt eine Agrarreform ein, die dem Interesse der Bauern an eigenem Land entspricht.

Aus der Auffassung heraus, daß eine solche Zielstellung den Interessen breiter Kreise der philippinischen Gesellschaft, angefangen von privaten Unternehmern bis hin zu landlosen Bauern, entspricht, wendet sich die PhKP an alle diese Kräfte mit dem Appell, ungeachtet bestehender Differenzen in Ideologie, Strategie und Taktik in einen Dialog einzutreten und eine gemeinsame Front zur Realisierung eines solchen Programms zu bilden.

Wenn die PhKP in den letzten Monaten die Reihen ihrer 5000 Mitglieder, mit denen sie aus der Illegalität heraustrat, beträchtlich vergrößern konnte und heute über großen Einfluß in einer Vielzahl von Gewerkschafts-, Jugend- und Frauenverbänden verfügt, so ist das nicht zuletzt das Ergebnis ihrer an den Bedingungen und Erfordernissen einer friedlichen, demokratischen und fortschrittlichen Entwicklung des Landes orientierten Politik.